

Wahlprogramm 2017

von CampusGrün Münster zur Wahl des Studierendenparlaments

Vorwort

Liebe Studierende,

vom 19.06.- 23.06. finden die diesjährigen Wahlen zum Studierendenparlament (StuPa) und Senat der Universität statt. Bisher waren die Wahlen zum Senat reine Briefwahlen. Mit der Zusammenlegung wollen wir die demokratische Beteiligung an der Universität weiter stärken, da so auch der Senat an Wahlen gewählt werden kann. Auch im nächsten Jahr wollen wir uns in diesen beiden Gremien für eine ökologische und soziale Hochschule einsetzen.

Dabei sind uns basisdemokratische Mitbestimmung und ein faires Miteinander sehr wichtig. Wir möchten unsere Arbeit transparent gestalten, mit unseren Projekten positive Denkanstöße geben und zeigen, dass eine grüne Hochschule möglich ist.

Wir freuen uns deshalb auf die anstehende Wahl, um mit eurer Unterstützung unsere Arbeit weiter zu führen!

Hochschulpolitik kann eine Menge bewegen. Wir konnten bisher erreichen:

- Vereinheitlichung von Studierendenausweis und Mensakarte
- Online-Semesterticket
- Einrichtung eines veganen Angebots in den Mensen
- Die Etablierung der „ökofairen Kiste“ als Angebot des AStA
- Divestment der Geldanlagen der Studierendenschaft und des Studierendenwerks
- Sozialberatung und Sozialdarlehen durch die Studierendenschaft
- Angebote für Studierende mit Kind(ern), z.B. Babysitting-Börse
- Projektstelle Geflüchtete an der Uni und die Einrichtung mehrerer studentische Hilfskraft(SHK)- Stellen
- Vermittlung von Wohnungsangeboten über die AStA-eigene Wohnbörse und "Deine Couch für Erstis"
- Vermietung von kostengünstigen Zimmern in der früher besetzten Frauenstr. 24
- Einrichtung eines Autonomen Referates für Promovierende im AStA
- Schaffung einer Interessenvertretung für studentische Hilfskräfte
- Etablierung von eLectures (online verfügbare Vorlesungen) als universitäre Einrichtung

Inhaltsverzeichnis

I. Euphorisch ökologisch

1. Für eine grüne und faire Mensa
2. LeezenLiebe
3. Tierschutz in der Forschung
4. Nachhaltige Uni

II. Echt gerecht

1. Bezahlbar Studieren
2. Studieren in allen Lebenslagen
3. Masterplatzgarantie einführen
4. Fairplay für Uni-Beschäftigte

III. Nachhaltig vielfältig

1. Lehre mitbestimmen
2. Rassismus an der Uni bekämpfen
3. Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen
4. Kultursemesterticket

I. Euphorisch ökologisch

1. Für eine faire und ökologische Mensa

Tausende Studierende nutzen jeden Tag das Angebot in den Mensen, Cafés und Bistros des Studierendenwerks Münster. Wie sich die Mensa ausrichtet, macht also einen großen Unterschied. Wir setzen uns deshalb sowohl für eine gesunde, ausgewogene und bezahlbare Verpflegung als auch für eine nachhaltige Beschaffung der dafür notwendigen Zutaten ein. Diese Anforderungen können nur durch eine Kombination von ökologisch angebauten, vegetarischen, veganen, regionalen, saisonalen und fair gehandelten Produkten erfüllt werden.

Wir wollen eine Mensa für alle! Dabei darf nie vergessen werden, dass Mensaessen für alle Studierenden bezahlbar bleiben muss! Fleisch und Fisch aus industrieller Massentierhaltung lehnen wir aufgrund negativer Einflüsse auf Tier und Umwelt sowie der Gefahr für den Menschen, beispielsweise durch Antibiotika-Rückstände im Fleisch, ab. Mit AStA, StuPa und unserem Sitz im Verwaltungsrat des Studierendenwerks kämpfen wir dafür, auf tierwohlorientierte und umweltschonende Tierhaltung zu achten. Fisch soll nur aus nachweislich nachhaltiger Fischerei bezogen werden, um überhaupt erst einen verantwortungsbewussten Konsum zu ermöglichen. Ebenso wichtig ist eine entsprechende Kennzeichnung aller genannten Kriterien und aller gängigen Allergene.

Wir fordern:

- Die Auswahl an vegetarischen und veganen Gerichten zu erweitern, insbesondere in den Bistros
- Fleisch und Fisch nur noch aus tierwohlorientierter und umweltschonender Tierhaltung
- FairTrade-zertifizierten Kaffee an allen Automaten
- Angebot von Keepcups durch das Studierendenwerk und Preisnachlass bei der Benutzung
- Installation von Trinkbrunnen zur kostenlosen Auffüllung der eigenen Wasserflasche
- Nachhaltigere und gesündere Produkte an Snackautomaten

2. LeezenLiebe

Nachhaltigkeit geht auch im Verkehr. Das Fahrrad ist nicht nur ein im Betrieb emissionsfreies Verkehrsmittel, sondern in Münster auch das Symbol für das Studierendenleben. Leider sind die Stellplätze vor den Hörsälen oft überfüllt. Wir fordern deswegen einen Ausbau der Fahrradstellplätze an allen Universitätsgebäuden. Auch haben wir am AStA eine Fahrradpumpe und Werkzeug installiert, damit Münsters Studierende ihr Lieblingsgefährt in Schuss halten können. Es geht um unsere Leezen!

Wir fordern:

- Ausbau vorhandener Fahrradstellplätze - auch am F-Haus
- Luftpumpen an zentralen Standorten
- Fahrradleih-System für alle Studierenden

3. Tierschutz in Forschung und Lehre!

Das Thema Tierversuche wird kontrovers diskutiert. Für das Dilemma, durch Forschungsergebnisse möglicherweise langfristig Menschenleben retten zu können, aber dafür kurzfristig Tieren Schmerzen zuzufügen, gibt es keinen einfachen Interessenausgleich. Wir wollen daher die Diskussion um einen ethisch begründeten Tierschutz an der Hochschule vorantreiben. Durch das Tierschutzleitbild, das wir im AStA als Teil der Koordinierungskommission für tierexperimentelle Forschung entwickelt haben, wird eine Schnittstelle zwischen theoretischen Ansätzen und praktischer Umsetzung geschaffen und deutschlandweit ein neuer Impuls gesetzt.

Wir fordern:

- Die Umsetzung konkreter Maßnahmen wie Belastungsobergrenzen im Tierversuch
- die Einführung eines Tierschutzpreises
- die Anpassung der Curricula für weniger Tierversuche in der Lehre
- Die Einrichtung gemeinsamer Vorlesungsreihen zum Thema von Studierendenschaft und universitären Einrichtungen

4. Nachhaltige Uni

a. Divestment an der Uni

Wir arbeiten mit AStA und StuPa sowie im Senat dafür sämtliche neue Kapitalanlagen der Universität in fossile Energieträger zu stoppen und sich darüber hinaus von bereits Bestehenden im Sektor fossiler Brennstoffe zu trennen. Darüber hinaus streben wir die Diskussion über weitere ethische Anlagekriterien für die Universität an. Die Studierendenschaft und das Studierendenwerk sind hier bereits auf unsere Initiative mit gutem Beispiel vorangegangen. Auch die Universität Münster mit ihren unselbstständigen Stiftungen und Institutionen soll nun die Gelegenheit ergreifen und ihre Verantwortung als institutionelle Investorin mit Finanzanlagen in Höhe von etwa 20 Millionen Euro wahrnehmen.

Wir fordern:

- sämtliche neue Kapitalanlagen der Universität in fossile Energieträger zu stoppen
- sich darüber hinaus von bereits bestehenden Kapitalanlagen der Universität im Sektor fossiler Brennstoffe zu trennen

b. Umweltschutz leben

Die Universität als große Institution mit gesellschaftlicher Verantwortung sollte sich auch den Herausforderungen des Klimawandels stellen und an der Lösung mitwirken. Wir begrüßen, dass die Universität einen ersten Schritt getan hat und Ökostrom nutzt. Trotzdem fordern wir, dass die Universität Umweltschutz lebt und vorantreibt. Dies bedeutet für uns beispielsweise die Ausstattung aller geeigneten Dächer mit Photovoltaik, sowie die konsequente Umstellung auf Recycling-Papier. Auch im AStA wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen und auf E-Mobilität des AStA-Bullis setzen.

Wir fordern:

- Photovoltaik auf Universitätsdächern
- Umstellung auf Recycling-Papier (z.B. bei allen Druckern und weiteren Druckerzeugnissen der Universität)
- Anschaffung eines AStA-E-Bullis

II. Echt gerecht

1. Bezahlbar Studieren

a. Für mehr bezahlbaren Wohnraum in Münster

Münsters Mietpreise liegen weit über dem deutschen Durchschnitt. Wir sehen das Studierendenwerk in der Pflicht, zentralen Wohnraum zu erschwinglichen Preisen anzubieten – besonders weil die Mieten auf dem freien Wohnungsmarkt oft die Studierendenbudgets sprengen. Insbesondere dass die BAföG-Wohnpauschale nicht ausreicht, um eine Wohnung im Studiwerk zu finanzieren, zeigt wie angespannt die Situation ist. Besonders in diesem Wintersemester wird sich die Wohnsituation wegen der Schließung der Wohnheime ... und den Um-/Neubau der Wohnheime extrem verschärfen. Auch die Stadt Münster muss dafür sorgen, dass die wachsenden Bevölkerungszahlen nicht dazu führen, dass weniger finanzkräftige Gruppen wie Studierende an den Stadtrand verdrängt werden. Gerade zum Semesterstart muss kurzfristig und unbürokratisch reagiert werden. Wir befürworten deshalb Zwischennutzungskonzepte, bei denen Hauswächter*innen eine Immobilie zu günstigen Konditionen über einen begrenzten Zeitraum bewohnen. Kein Verständnis haben wir dafür, wenn über Jahre leer stehende Gebäude nach ihrer Besetzung sofort wieder geräumt werden.

Wir fordern:

- Die veranschlagte BAföG-Wohnpauschale an den Mietspiegel anzupassen
- Mehr Geld vom Land an die Studierendenwerke
- Bereitstellung von Wohnungen für die von Umbau und Schließung betroffenen Studierenden durch das Studierendenwerk
- Gesicherte Kapazitäten in Wohnheimen des Studierendenwerks für internationale Studierende
- Garantierte Barrierefreiheit bei allen Neubauten und Anpassung derzeitiger Gebäude

b. Studienfinanzierung reformieren

Hohe Mietpreise, teure Pflichtliteratur, wenig Unterstützung durch die Eltern – schnell geraten Studierende in finanzielle Notlagen. Eigentlich sollte das BAföG in solchen Fällen Abhilfe schaffen. In der Realität zieht sich jedoch die Bearbeitung der Anträge über Monate hin, während die Beantragenden lange mit leeren Händen dastehen. Zahlreiche Studierende erhalten gar kein Geld, weil die Behörden sich nur am Einkommen der Eltern orientieren und die tatsächliche finanzielle Situation der Studierenden außer Acht lassen. Gleichzeitig werden enorme Mittel für Förderprogramme wie das Deutschlandstipendium ausgegeben, die oftmals jenen zu Gute kommen, die eine solche Förderung gar nicht benötigen. Studiengebühren in jedweder Form lehnen wir ab!

Darüber hinaus absolvieren mehr als die Hälfte der Studierenden ihr Studium nicht in der sogenannten Regelstudienzeit, beispielsweise weil sie zusätzlich arbeiten müssen, der Workload unangemessen hoch ist oder zu rigide Prüfungsordnungen das Studium erschweren. Auch Engagement neben dem Studium sollte nicht durch starre Förderungszeiträume behindert werden. Die aktuelle Regelung passt nicht zur Lebenswirklichkeit von Studierenden. Stattdessen fordern wir ein von Eltern und Regelstudienzeit unabhängiges BAföG. Denn ein selbstbestimmtes Studium muss für alle möglich sein.

Wir fordern:

- Eine Anpassung der Bedarfssätze des BAföG an die tatsächlichen Lebensumstände der Beantragenden, wie z.B. die Einführung eines Studienortschlüssels
- Inflationsausgleich beim BAföG
- Mehr Beratungsangebote und schnellere Bearbeitung der Anträge durch bessere Finanzierung des Studierendenwerks
- Breiten- statt Spitzenförderung, vor allem durch umfassende Reformierung ungerechter Stipendienprogramme wie z.B. das Deutschlandstipendium (ProTalent)
- Keine Orientierung an Leistungsständen im Studium und Fortzahlung des BAföG zwischen der letzten Bachelornote und dem Beginn des Masterstudiums

2. Studieren in allen Lebenslagen

Wir treten für ein Studium für alle ein! Damit dies gelingt, muss die Uni vielseitige Angebote ausbauen und einrichten, die das Studieren in allen Lebenslagen ermöglicht. Ein wichtiger Faktor ist dabei das konsequente Einhalten des Verbots von Anwesenheitspflicht. Dieses trat zum Wintersemester 2014/15, in Kraft, zu dem es nur wenige Ausnahmen gibt. Leider halten sich zahlreiche Dozierende noch immer nicht an diese Vorgaben und führen Ausgleichsarbeiten ein, wie bspw. ein Essay pro versäumter Stunde. Diese Mechanismen lehnen wir grundsätzlich ab und fordern das konsequente Einhalten des Verbots, sofern keine im Gesetz vorgesehene Ausnahme (z.B. Sprachkurs, Labor-Experiment) greift.

a. Studierende mit nicht-akademischem Hintergrund unterstützen

Noch immer studieren viel zu wenig Menschen mit nicht-akademischem Hintergrund. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Festzuhalten ist jedoch, dass Kinder ohne Eltern mit akademischer Ausbildung häufiger eine Ausbildung aufnehmen als ein Studium. Wir fordern deshalb, dass sich die Hochschulpolitik, ganz im Sinne des sozialen Nachteilsausgleichs, gezielt um diese Studierenden kümmert und entsprechende Beratungsangebote zur Verfügung stellt.

Wir fordern:

- Unterstützung des wiederaufgebauten Referates für Finanziell und Kulturell benachteiligte Studierende (FiKuS)
- Mehr Beratungsangebote von Seiten der Studienberatung speziell für Studierende mit nicht-akademischem Hintergrund

b. Studierende mit Kind(ern) fördern

Für Studierende mit Kind(ern) gestaltet sich der Uni-Alltag oftmals als eine wahre Herausforderung: Neben einem Vollzeitstudium müssen die Kinderbetreuung und das alltägliche Familienleben organisiert werden. Wir von CampusGrün fordern deshalb, dieser sozialen Statusgruppe besondere Berücksichtigung in der Hochschulpolitik zukommen zu lassen. Dafür konnten wir bereits im AStA Formate etablieren, wie bspw. das Sommerfest und die Babysitter-Börse. Denn Elternschaft darf kein Nachteil im Studium sein.

Wir fordern:

- Mehr Wickelmöglichkeiten in universitären Räumen
- Teilzeitstudium ermöglichen, zur Vereinbarkeit von Studium und Kinderbetreuung
- Mehr Mittel für die Beratung für Studierende mit Kind im Gleichstellungsbüro

c. Die Hochschule für Geflüchtete öffnen

Als gesellschaftliche Institution soll auch die Universität Münster ihren Beitrag zur Integration schutzsuchender Menschen übernehmen. Um ein Studium aufnehmen zu können, wird ein muttersprachähnliches Sprachniveau erwartet. Dafür können Geflüchtete an der Uni, im Rahmen eines Stipendiums, kostenlos an den Intensivsprachkursen teilnehmen. In Kombination mit einem vielfältigen Beratungsangebot soll so der Weg in das reguläre Studium ermöglicht werden. Diese Maßnahmen begrüßen wir sehr, sehen jedoch darüber hinaus weiteren Bedarf das Engagement für Geflüchtete an unsere Hochschule zu stärken. Dafür konnten wir mehrere SHK-Stellen und eine Projektstelle im AStA schaffen.

Darüber hinaus muss eine Anpassung der Studienplätze erfolgen, denn aktuell stehen internationale Studierende und Geflüchtete in einem starken Konkurrenzverhältnis in dem ohnehin zu begrenzten Studienplatzkontingent.

Wir fordern:

- Die Entwicklung von Mechanismen zur Prüfung für den Fall, dass die eigene Hochschulzugangsberechtigung nicht mehr nachgewiesen werden kann
- Die Erhöhung der zulassungsbeschränkten Studienplätze für internationale Studierende (aktuell betragen diese 7%)

d. Inklusion an der Uni ermöglichen

CampusGrün ist der Ansicht, dass ein Studium an unserer Universität für alle zugänglich und absolvierbar sein muss. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Barrierefreiheit voranzutreiben. An der Universität darf eine Behinderung keine Hürde, sondern muss ein inklusives Studium selbstverständlich sein. Barrierefreiheit muss dementsprechend in allen Bereichen umgesetzt werden. Nicht nur der Zugang zu Freiflächen oder Gebäuden, ob von Uni oder Studierendenwerk, muss barrierefrei angelegt sein. Entsprechend verschiedener Bedürfnisse gibt es auch unterschiedliche Ansprüche, wie bspw. Fahrstühle, spezielle Computerarbeitsplätze oder auch Umsetzungsdienste für die Adaption von Studienmaterialien für sehbehinderte/blinde und hörgeschädigte Studierende. Auf diese Bedürfnisse muss verstärkt eingegangen werden. Dass durch unsere Arbeit Gebärdensprachkurse in das Sprachangebot der Allgemeinen Studien aufgenommen wurden, ist hierbei ein erster wichtiger Erfolg.

- Barrierefreiheit in allen universitären Gebäuden
- Einen Lageplan, der aufzeigt, welche universitären Gebäude barrierefrei sind
- Ausbau von barrierefreien Arbeitsplätzen
- Sensibilisierung für die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung

3. Masterplatzgarantie einführen

In vielen Studiengängen spitzt sich die Situation zum Ende des Bachelors zu, denn die Universität Münster bietet längst nicht für alle Studierenden einen Masterplatz an. Viele müssen die Universität wechseln oder finden überhaupt keinen geeigneten Master. Das Problem verschärft sich weiter, da im Zuge des doppelten Abiturjahrgangs 2013 in NRW durch den Hochschulpakt viele Bachelorplätze geschaffen wurden, über eine Ausweitung der Masterplätze jedoch noch nicht angemessen nachgedacht worden ist. Die Jagd nach einem Masterplatz erhöht jedoch den Druck auf die Studierenden von Anfang an und schwächt die Möglichkeit zum sozialen Engagement. Hier muss Abhilfe geschaffen werden!

Wir wollen, dass jede*r Bachelor-Absolvent*in sein* ihr Studium im Master fortsetzen kann. Die Einführung eines rechtsverbindlichen Anspruches streben wir daher an. Insbesondere im Lehramtsstudium ist ein Masterstudium für die spätere Berufsausübung zwingend notwendig. Deshalb werben wir für das Modell der kombinierten Zulassung im Lehramtsstudium, damit Bachelor-Absolvent*innen auch einen Masterplatz am gleichen Studienort zugesichert bekommen. Dieses Modell soll später auf andere Studiengänge ausgeweitet werden. Für eine gerechte Vergabe der Masterplätze darf es außerdem keine Rolle spielen an welcher Universität der Bachelor erbracht wurde. Aktuell erhalten häufig nur diejenigen einen der begehrten Masterplätze, die vorherige Studienleistungen im hauseigenen Bachelor-Studiengang erbracht haben. Eine solche Bevorzugung kritisieren wir scharf.

Dazu wird ein ausreichend großes Angebot an Masterkapazitäten benötigt!

Wir fordern:

- Eine Masterplatzgarantie

4. Fairplay für alle Beschäftigten der Universität

Intransparente Bewerbungsverfahren, kurze Vertragslaufzeiten, unklare Betreuungspflichten der Dokoreltern sind nur einige Beispiele für die schlechten Arbeitsbedingungen an der Hochschule. Um diesen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken, brauchen Promovierende und studentische Hilfskräfte eine starke Stimme. Zugleich müssen Land und Bund die notwendigen Voraussetzungen für gute Arbeitsbedingungen an den Hochschulen schaffen.

Wir fordern:

- Transparente Ausschreibungen von Stellen studentischer Hilfskräfte mit einer klaren Aufgabenbeschreibung
- Eine echte Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetz, die die Befristungsmöglichkeiten umfassend einschränkt

III. Nachhaltig vielfältig

1. Mehr Vielfalt in der Lehre

a. Mehr Selbstbestimmung im Studium

Mit der Bolognaform ging eine strukturelle Verschulung des Studiums einher. Pflichtmodule füllen die Regelstudienzeit, die so kaum Studierende einhalten können. Bereits die zeitliche Kapazitäten für einen Nebenjob lassen sich schwer finden – Engagement über das eigene Studium hinaus findet auch deshalb selten statt. Um einen Masterplatz bzw. eine gute Arbeitsstelle zu finden, ist der Druck gute Noten zu schreiben enorm hoch. CampusGrün begreift das Studium jedoch nicht nur als Berufsausbildung, sondern auch als Chance zur Entfaltung und Weiterbildung. Deshalb stehen wir für einen weniger verschulenden Studienverlauf, bei dem nicht nur auswendiggelernt werden muss, sondern kritisches Denken gefördert wird. Wir finden, dass Allgemeine Studien ein guter Weg sind um über den eigenen Tellerrand zu schauen und interdisziplinäres Lernen zu ermöglichen. Deshalb fordern wir freiwählbare Allgemeine Studien für alle Studiengänge, verbunden mit einem Ausbau des Angebots.

Wir fordern:

- alternative Prüfungsformate
- Erhöhung der Prüfungsversuche
- jährlich stattfindender Bologna-Tag
- Ausbau der Allgemeinen Studien

b. E-Learning ausbauen

Der elektronische Zugang zu wissenschaftlichen Journals oder die Bereitstellung von Lehrmaterialien im Internet sind nur zwei Beispiele dafür wie die Digitalisierung das Studium verändert. Auch die Universitätsverwaltung ist weitgehend digitalisiert. Diese Entwicklung verläuft aber nicht problemlos. Wir fordern eine Universität, die Technik als Möglichkeit zum Abbau von Barrieren als Chance zur besseren Vernetzung und als Möglichkeit des interdisziplinären Austausches betrachtet.

Es gibt positive Entwicklungen, wie das Portal my.wwu.de. Hier werden nahezu alle notwendigen Onlineservices in einem Angebot zusammengeführt – so z.B. der Zugriff auf den ULB-Account, der ZIV-Mailzugang und das Learnweb. Dass trotzdem noch veraltete Plattformen wie der BSCW-Server genutzt werden, halten wir für nicht vertretbar. Die Universität hat eine zentrale Anlaufstelle eingerichtet, jetzt soll diese auch konsequent genutzt werden. Dies funktioniert aber nur dann, wenn Mängel dieser zentralen Plattformen behoben und ihr Angebot und ihre Benutzungsfreundlichkeit kontinuierlich verbessert werden.

Die Online-Bereitstellung von Texten muss trotz des neuen Vorstoßes beim Unirahmenvertrag weiterhin unkompliziert möglich bleiben. Wir fordern, dass die Universität Lehrende bei der Findung neuer Seminarformate und der Weiternutzung erprobter Lehrinhalte angemessen unterstützt, denn E-Learning muss mehr bedeuten als nur Materialbereitstellung.

Wir fordern:

- Eine grundlegende Reform des QISPOS-Systems und die Flexibilisierung der Prüfungsan- und -abmeldungen in allen Fachbereichen

- eine neues Campus-Management-System, als einheitliche Onlineplattform für alle Uni-Services
- Die konsequente Unterstützung von eLearning und Anreize für Dozierende eLearning zu nutzen (z.B. Lehrpreis eLearning)
- Eine praktikable Lösung für Studierende und Lehrende bei der Ausgestaltung des neuen Unirahmenvertrages, damit auch zukünftig Texte digital bereitgestellt werden können

2. Rassismus an der Universität bekämpfen!

Wir stellen uns klar gegen Rassismus und Diskriminierung an unserer Hochschule. People of Color sind in unserer Gesellschaft und damit auch unserer Hochschule verschiedene Formen von strukturellem Rassismus ausgesetzt. Dabei ist besonders die mangelnde Sichtbarkeit sowohl in der Lehre als auch an der Hochschule selbst ein großes Problem. Deswegen ist es wichtig, dass sowohl bei der Auswahl von Dozierenden als auch bei den Lehrinhalten selber verstärkt auf Vielfalt geachtet wird.

Obwohl Internationalität ein Leitbild unserer Universität ist, beträgt der Anteil der ausländischen Studierenden kaum mehr als 5%. Hier besteht Handlungsbedarf, damit unsere Uni offen für alle ist!

Wir setzen uns weiterhin für die transparente Vergabe und den Ausbau von Erasmus- und anderen Austauschprogrammen ein, da diese maßgeblich dazu beitragen interkulturelles Verständnis zu fördern.

Wir fordern:

- Sensibilisierungsangebote für Lehrende und Studierende
- Eine Umbenennung der Universität. Der bisherige Namensgeber Wilhelm II steht für eine menschenfeindliche Haltung, die an der Uni Münster keinen Platz haben darf.
- Ausbau von Austauschprogrammen
- Englischsprachige Ausschilderung von Räumen

3. Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen

Obwohl mittlerweile mehr Frauen* als Männer ein Studium an der Universität Münster beginnen, sinkt der Anteil der Frauen* je weiter die universitäre Karriere voranschreitet. Momentan liegt der Anteil der Professorinnen* bei nur 22 Prozent. Diese Ungleichheit zieht sich ebenso durch die universitären Gremien. Wir setzen uns gegen diese Diskriminierung ein und wollen die Strukturen aufbrechen, die diese ermöglichen. Sexismus äußert sich jedoch nicht nur in mangelnden Karrierechancen sondern vor allem auch im alltäglichen Erleben von Frauen*. Leider ist auch die Universität kein diskriminierungsfreier Raum – deshalb muss für diesen Sexismus sensibilisiert werden. Wir stellen uns klar gegen jede Form von Sexismus, Homo-, Bi- und Transphobie und unterstützen die autonomen Referate bei ihrer wichtigen Arbeit. Dabei begreifen wir uns als queer-feministische Gruppe und setzen uns besonders auch für die Menschen ein, die sich nicht innerhalb des binären Geschlechtersystems wiederfinden.

Wir fordern:

- Die Erarbeitung eines uniweiten Diversity-Konzepts
- Die Geschlechtszuordnung vom Semesterticket zu streichen
- Quotierung universitärer und studentischer Gremien
- Verbindliche Frauen*quote bei der Besetzung von Professuren
- Burschenschaften von der Liste der Hochschulgruppen streichen
- Besserstellung der dezentralen Gleichstellungsbeauftragten
- Die Einrichtung von Unisex-Toiletten

4. Kultursemesterticket

Das Kultursemesterticket (KuSeTi) ist durch eine Initiative des Kulturreferats des AStA der Uni Münster entstanden und umfasst ein kostengünstiges Angebot verschiedener kultureller Einrichtungen in Münster. Seit dem Sommersemester 2015 gilt es für alle Studierende der Uni. Mit dem KuSeTi können diese zum Beispiel kostenlos ins Theater gehen oder verschiedene Museen besuchen. Denn die Wahrnehmung von Kulturangeboten darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Deshalb setzen wir uns auch im AStA für den Ausbau des Angebots ein. Damit neben diesen Verhandlungen auch schon bestehende Formate von Studis für Studis erhalten und betreut werden können, wollen wir eine zweite Referatsstelle für Kultur im AStA schaffen.

Wir fordern:

- Erhalt und Ausbau des KuSeTi
- Erweiterung des Kulturreferats um eine zweite Stelle